



Foto: dpa

"Wirtschaftlich erfolgreicher"

Die Grünen und die Marktwirtschaft

Der Entwurf des neuen Wirtschaftsprogramms der Grünen sucht den Weg zwischen "altlinker Überschätzung staatlicher Steuerungsfähigkeit" und "neoliberaler Marktvergötterung".

Von Robert Roßmann

Die Grünen wollen ihre wirtschaftspolitische Kompetenz stärken. Am Mittwoch präsentierten die Experten der Bundestagsfraktion den Entwurf für ein neues Wirtschaftsprogramm.

Er entstand unter der Federführung von Fraktionschef Fritz Kuhn und trägt den Titel „Grüne Marktwirtschaft“. Das Programm soll Anfang Juli von der Fraktion beschlossen werden. Entscheidende Änderungen sind nicht mehr zu erwarten, da die Autoren viele Einwände parteiinterner Kritiker bereits aufgenommen haben.

Kuhns Stellvertreterin Thea Dückert wies bei der Präsentation des Entwurfs Spekulationen zurück, die Grünen wollten durch eine Neuausrichtung ihres Wirtschaftsprogramms Bündnisse mit der Union erleichtern. Dies sei mitnichten der Fall, sagte Dückert. Die Positionen der Grünen und der Union passten „vorne und hinten nicht zusammen“. Die „Flirterei“ der Union habe sie deshalb „unheimlich amüsiert“.

Am Dienstag hatte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, eine Öffnung seiner Partei zu den Grünen als „logisch und politisch konsequent“ begrüßt. Es gebe inzwischen „viele Anknüpfungspunkte zu den Grünen“, da sich diese in der Finanz-, Etat- und Arbeitsmarktpolitik bewegt hätten. Dückert sagte, gerade in diesen Bereichen könne sie keine Nähe erkennen. So träten die Grünen für einen branchenspezifischen Mindestlohn ein. Außerdem würden sie „an keiner Stelle“ Steuersenkungen fordern.

Strittige Passagen entfernt

Bei der Präsentation eines ersten Programmentwurfs im Oktober 2006 hatten Kuhn und der damalige Wirtschaftsexperte der Fraktion, Matthias Berninger, das Papier jedoch noch anders intoniert. Kuhn sagte damals, seine Fraktion wolle die Bedeutung „wirtschaftlicher Stärke für die Finanzierung sozialer Gerechtigkeit“ betonen.

Man könne dafür nicht einfach Geld aus irgendwelchen Kassen nehmen, sondern müsse für eine „positive Wertschöpfung“ in der Wirtschaft sorgen - dies sei die Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat. Das einzusehen, habe nichts mit „einem neuen neoliberalen Kurs“ zu tun.

Der Markt sei ein gutes Mittel, um die ökologischen und sozialen Ziele der Grünen zu erreichen. In dem damals präsentierten ersten Programmentwurf hieß es deshalb unter Anspielung auf Adam Smith: „Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün.“ Außerdem wurde ungewöhnlich deutlich vor einer Verteufelung der staatlichen Industriepolitik und der Risiko-Kapitalgesellschaften gewarnt. In dem ursprünglichen Entwurf stand: „Statt ausländisches Kapital in pauschalieren Heuschrecken-Debatten schlechtzureden, müssen wir mehr ausländische Direktinvestitionen nach Deutschland holen.“

Außerdem wurde die Förderung des Airbus-Konzerns als „Erfolg europäischer Industriepolitik“ gepriesen, der für mehr Wettbewerb gesorgt habe. Airbus gehört zum Rüstungs- und Raumfahrtkonzern EADS, der bei den Grünen eigentlich nicht sonderlich hoch im Kurs steht.

Alle drei Passagen wurden auf Druck zahlreicher Kritiker - an ihrer Spitze Parteichefin Claudia Roth und Ex-Umweltminister Jürgen Trittin - geglättet. In dem nun vorgelegten Abschluss-Entwurf heißt es jetzt: „Die unsichtbare Hand des Marktes kann nur funktionieren, wenn staatliche Ordnungssysteme zur Regulieren von Märkten bestehen.“ Die Sätze zu den Heuschrecken und zu Airbus wurden sogar ganz gestrichen.

„Beste ökologische Lösung“

In dem Grundsatzteil des 36-seitigen Programmentwurfs heißt es jetzt: Wenn die Grünen die Herausforderungen der Globalisierung mit ihren sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen meistern wollten, müssten sie „jenseits von neoliberaler Marktvergötterung und altlinker Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit nach den neuen Rahmenbedingungen fragen, die funktionierende Märkte der Zukunft brauchen“.

Diese Rahmenbedingungen klug zu setzen und dann eine Politik für effektiven Wettbewerb durchzusetzen, sei Kern des Konzepts der grünen Marktwirtschaft. Weiter heißt es: „Die ökologische Herausforderung verlangt nach Rahmenbedingungen, die den Markt und seine Akteure zwingen, nach den besten ökologischen Lösungen zu suchen. In einer grünen Marktwirtschaft kann nur derjenige die Zukunft bestehen, der Ressourcen sparend und schonend produziert und konsumiert. Den Rahmen setzt ein richtiger Mix aus Steuern, Grenzwerten und Verboten.“

Beispiele dafür wären ein Gebäudepass, der die Verbraucher über den tatsächlichen ökologischen Wert einer Wohnung informiert, oder die Pflicht für Finanzdienstleister, Anleger über die ökologischen Wirkungen ihres Investments zu informieren. Manche dieser Rahmensetzungen seien - wie bei den Emissionszertifikaten für den Kohlendioxid-Ausstoß - direkt in Preise verwandelbar, andere indirekt - wie bei den Verbrauchsobergrenzen für Autos.

Dabei legen die Autoren „Wert auf die Feststellung, dass grüne Marktwirtschaft nicht nur ökologischer ist, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher als die bisherige

ökologisch blinde Marktwirtschaft“. Dies gelte nicht zuletzt deshalb, weil sie durch ökologische Sparsamkeit und Effizienz Folgekosten reduziere.

(SZ vom 14.06.2007)